

Arbeiterblatt

PROLETARISCHE VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 14

März 1951

Das Heilmittel der Koalitionsspiessgesellen

"Das Heilmittel, mit dessen Hilfe die Koalitionsregierung alle wirtschaftlichen Nöte bekämpft, ist die Produktionssteigerung"... "Die Regierung hofft von der Produktionssteigerung den Preisdruck" - so berichtet über die Bilanz des österreichischen Wirtschaftslebens die finanzkapitalistische Neue Zürcher Zeitung 28. 12.50, Morgenausgabe.

"Vor allem Produktionssteigerung!" so lautet Böhm's Weihnachtsbotschaft an die Arbeiter, verkündet auf der Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner (AZ 7.12.50). "Nur die Steigerung der Produktion kann " u n s ", das heisst: die ~~mit~~ österreichischen Kapitalisten, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen - das ist die Hauptsorge dieses "Sozialisten". - "Für die nächsten Jahre ist an eine Steigerung unseres (der Arbeiter) Realeinkommens nicht zu denken": das war Böhm's Weihnachtsbotschaft an die Kapitalisten...

"Der Parteitag ist sich bewusst, dass die Steigerung der Produktivität der Schlüssel zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten ist", so verkündet der Parteitag der SP (siehe AZ 7.11.50).

Nun, der AZ vom 14.1.51 entnehmen die Arbeiter: Die Industrieproduktion Österreichs ist 1950 um 10% gestiegen. "Diese Zunahme ist überwiegend einer 10%igen Produktivitätssteigerung zuzuschreiben", stellt die AZ selbstzufrieden fest. Auch die Agrarproduktion ist gestiegen, erfahren wir.

Trotz der steigenden Produktion nahm die Arbeitslosigkeit zu. Sie war 1950 um 49 000 grösser als 1949. Dank der kapitalistischen "Vollbeschäftigungspolitik" der Koalitionsbrüder

stieg die Arbeitslosigkeit auf 182 700. Diese Tatsache allein, die die AZ nicht ableugnen kann, beweist, dass der Lebensstandard der österreichischen Arbeiterklasse gesunken ist, trotz der Vermehrung der Produktion durch erhöhte Produktivität. Von einem Sinken der Preise keine Spur. Im Gegenteil, die Teuerung nimmt weiter zu.

Was ist mit der vorgrösserten Warenmasse geschehen? Die Ausbeuter liessen sie nicht den österreichischen Arbeitern zukommen, sondern verkauften sie - getreu dem kapitalistischen Grundgesetz - dort, wo heute die grössten Profite winken, im Ausland. Mit der steigenden Ausfuhr stiegen die Profite. Der Reallohn aber ist gesunken. 182 700 Arbeitslose, das bedeutet, dass fast jeder zehnte österreichische Arbeiter ohne Lohn dasteht, im besten Falle Arbeitslosenunterstützung bekommt. Das gesamte Realeinkommen der Arbeiter als Klasse ist kleiner geworden, trotz der Vermehrung der Produktion durch die gesteigerte Produktivität.

Wie einfach klingt das Lied der Schwindelsozialisten: Arbeiter, vermehrt die Produktion, steigert die Ergiebigkeit ihrer Arbeit, das gibt mehr Waren, vermehrt das Warenangebot, sankt die Preise, verbessert ihren Lebensstandard. Diese Schwindelmarxisten machen, als ob sie nichts wüssten vom Steigern der kapitalistischen Ausbeutung durch vermehrtes Produzieren relativen Mehrwerts mittels verbesserter Produktionsmittel, Produktionsmethoden (Näheres darüber in Marxens "Kapital", 1. Band).

Die Betrüger verschweigen auch das

Entscheidende, worauf es ankommt. Sie "vergessen", den Arbeitern zu sagen, dass es geht um das Steigern der Produktion, der Produktivität "u n s e r e r", das ist der k a p i t a l i s t i s c h e n Wirtschaft, deren Gesetze nicht ausser-Kraft gesetzt werden, auch wenn die Profitwirtschaft vom kapitalistischen Staat betrieben wird und wenn noch so viele sozialistische, labouristische, stalinistische, gewerkschaftsbürokratische Minister in der kapitalistischen Regierung sitzen. -

Der Preis der Arbeitskraft, das ist der Lohn, wird wie der Preis jeder Ware durch das Spiel von Nachfrage und Angebot bestimmt. Steigt die Nachfrage der Ausbeuter nach Arbeitskraft, so steigt der Lohn. Vermögen sie aber durch "Steigern der Produktivität" aus den Arbeitern direkt (durch Verlängern der Arbeitszeit, durch Intensivieren der Arbeit) oder indirekt (durch verbesserte Produktionsmittel, Produktionsmethoden) aus den Arbeitern vermehrte Produktion herauszuholen, so kann der Lohn - trotz wachsender Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskraft - unverändert bleiben, ja sogar sinken. Im vorliegenden Fall haben die Unternehmer - trotz Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um 49 000 - die Produktion gesteigert, indem sie mit Hilfe von SP, und Gewerkschaftsbürokratie aus den Arbeitern, Angestellten, niederen Beamten höhere Arbeitsleistungen herauspumpen, ohne dafür - dank der Hilfe der Böhm, Schärf, Holmer, Waldbrunner & Co - an Lohn mehr zahlen zu müssen.

Es wurde mehr erzeugt, die erhöhte Produktion wurde ins Ausland verkauft, die Profite stiegen. Das Vermehren der Produktion führte also nicht zur Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, sondern zum Wachsen der Profite, zum Sinken des Reallohns.

Die Profite sind gestiegen. Wenn und solange die Profite wachsen, sind die Ausbeuter bereit,

höhere Löhne zu zahlen, damit die ergiebige Profitwirtschaft "nicht gestört" werde. Allein selbst in diesem günstigsten Fall zahlen die Kapitalisten höhere Löhne nur, w e n n sie m ü s s e n! Das heisst: wenn die Arbeiter sie dazu durch Kampf z w i n g e n. Diesen Kampf jedoch sabotieren planmässig, bewusst die SP und die Gewerkschaftsbürokratie. Das ist ihre Aufgabe in der Koalition, ihre Verpflichtung, die sie auf sich genommen haben, um die Koalition mit der Ausbeuterklasse zuzuständzubringen, aufrechtzuerhalten, die ihnen beträchtliche Vorteile bringt auf Kosten der Massen und der Bourgeoisie noch bei weitem grössere Vorteile. Wer das Parteibündnis, Gewerkschaftsbündnis mit dem Klassenfeind der Arbeiter oder auch nur mit einem Teil desselben unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen eingeht, der m u s s die Arbeiterschaft immer wieder verraten, muss ihre Interessen immer wieder den Profitmachern preisgeben. Gerade diesen Verrat betreiben die Schärf, Holmer, Waldbrunner, Böhm & Co schon seit mehr als fünf Jahren. Längst schon hätten die Arbeiter die Verräter mit nassen Fetzen davongejagt, wenn sie nicht geschützt würden durch die Besatzungstruppen Stalins, Attlees, Auriols, Greens, Murrays & Co. - Solange die Produktionsmittel Eigentum sind von Einzelkapitalisten oder kapitalistischen Gruppen (wie Aktiengesellschaften usw) oder des kapitalistischen Staates, der von der Ausbeuterklasse beherrscht, "Allgemeinheit", solange führt das Vermehren der Produktion, das Steigern der Produktivität zum Wachsen des Mehrwerts, zum Steigern der Ausbeutung. -

Die Produktionsmittel müssen gemeinsames Eigentum werden der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, Kleinbürger, Kleinbauern. Diese - unter Führung der Arbeiterklasse - müssen die Herren sein von Wirtschaft und Staat, müssen diese von unten bis oben ständig, wirksam k o n t r o l l i e r e n. Einzig und allein unter diesen zwei Grundbedingungen führt das Steigern der Produktion

der Produktivität zum Heben des materiellen und kulturellen Niveaus der Massen.

Als ersten, nächsten Schritt zu dieser sozialistischen Lösung müssen die Massen erkämpfen eine kapitalistenfeindliche Regierung der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, Kleinbürger, Kleinbauern, unter Führung der Arbeiterklasse, kurz eine Regierung der Arbeiter und Kleinbauern: eine Regierung gegen die Ausbeuterklasse, eine Regierung gegen den Profit, eine Regierung für die Interessen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, Kleinbürger, Kleinbauern, eine Regierung der proletarischen Demokratie, eine proletarischdemokratische Regierung.

Nicht eine Labourregierung! Diese Schwindel-Arbeiterregierung, diese Profit-Arbeiterregierung, die den Profitinteressen der Ausbeuter dient. Niemals noch ist es den englischen Ausbeutern so gut gegangen wie unter der Labourregierung. Das Eigentum des kapitalistischen Staates an den Schlüsselindustrien hindert nicht die Tatsache, dass die englische Bourgeoisie Riesengewinne einstreift, während die englischen Arbeiter höheres Einkommen nur erzielen durch vermehrte Arbeit, als Opfer gesteigerter kapitalistischer Ausbeutung. Immer wieder durchkreuzt die Labourregierung die Anstrengungen der Arbeiter Englands, höhere Reallohne zu erkämpfen, mit List und vielfach mit Gewalt, durch Entsendung kapitalistischer Polizei, kapitalistischer Truppen gegen streikende Arbeiter wie z.B. gegen die Hafnarbeiter und die Lastautochauffeurs.

Auch das Staats Eigentum in Stalinstaat, in den "Volksdemokratien" führt zu gesteigerter Ausschinden der Arbeiter und armen Bauern, weil die Stalinbürokratie jede wirksame Kontrolle der Wirtschaft und des Staates durch die Arbeiter mit allen Mitteln verhindert. Dem Wissen nach gilt das auch von Titos "Volksdemokratie" in Jugoslawien.

Kampf für die proletarische Demokratie!

Kampf für die Aufrichtung der proletarischdemokratischen Regierung, für die Regierung der Arbeiter und armen Bauern!

Kampf für die dazu notwendige Schaffung der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, der proletarischdemokratischen Arbeiterinternationale!

Das ist der einzige Weg, auf dem die Massen die Grundbedingungen verwirklichen, unter denen allein das Steigern der Produktion, der Produktivität sich umsetzt in das immer höhere materielle und kulturelle Lebensniveau der Massen.

Das ist zugleich der einzige Weg, der führt zur Beseitigung jeder Unterdrückung, jeder Ausbeutung zwischen den Menschen überhaupt.

Das ist der einzige Weg zur Freiheit aller Menschen, zum Weltsozialismus.

Die Kommunisten wechseln die Taktik

Unter dieser Überschrift finden wir einen Artikel in der AZ vom 4. März 1951.

Die AZ hat mit diesem Ausspruch vollkommen recht, aber das kann der Arbeiterschaft nicht zum Nutzen gereichen. Denn während sie die KP anprangern, tun sie dasselbe auf eine etwas raffiniertere Art. Von 1945 - 1949 wo es für den Arbeiter eine relative Konjunktur gab, wo die Arbeitskraft gesucht war, also eine Zeit, wo die Arbeiter auf Grund ihrer Organisiertheit eine gewaltige Kraft darstellten, und die besten Aussichten hatten, mit ihren Forderungen durchzudringen, da erwies sich der mächtige Oe. G. B. als Bremsklotz. Von dem Kampf um ihre berechtigten Forderungen wurden die Arbeiter mit allen möglichen Losungen abgehalten. Z. B.: "Wiederaufbau" (was und für wen?) "Unsere (?) Wirtschaft erst stabilisieren", "Lohnkampf bringt Inflation"; (kam sie nicht in Form von dauernden Vertauungen

gen?) usw. Mit einem Wort, sie haben alles getan, um die Arbeiter von ihrem Kampfe abzuhalten, wegzuführen und der Bourgeoisie das Leben zu retten. Heute, wo es infolge der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft tausende Arbeitslose in allen Ländern gibt, und wo die Arbeiter den Herren der Fabriken und der grossen Güter auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, wäre es doppelt wichtig, den Kampf gegen die ungeheure Towerung geschlossen und solidarisch zu führen. Da greift der O.G.B. zur Lösung, den Kampf nach Branchen und Sparten gesondert zu führen. Wie es da mit der Solidarität aussieht, wird, das kann man sich vorstellen, nachdem die Beschäftigung auf Grund des Rohstoffmangels sehr ungleich ist. Die Arbeiter werden diese Manöver sehr bald durchschauen, Darum sagen wir den Arbeitern:

Bildet in jedem Betrieb, zunächst vertraulich, ein von SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie unabhängiges Aktionskomitee der Arbeiter zum Kampf für die dringendsten Interessen!

Eine neue Form des WHW in der Hauptwerkstätte

Vom Ersten des Monats bis zum nächstfolgenden Ersten schaffen die Arbeiter in der Hauptwerkstätte der Wiener Strassenbahn wie die Bienen, und gebe es nicht den Lärm der Hämmer und Maschinen, fürwahr, der Betrieb würde einem Kloster gleichen, so zur Bravheit und Diszipliniertheit haben Gewerkschaft und SP die Arbeiter erzogen. Kaum hörbar erzählen die Arbeiter einander von ihrem Schuldinkonto, das immer mehr anwächst und sich immer schwieriger zur Gänze abzahlen lässt. Der Erste des Monats stört den Klosterfrieden ein wenig. Um 12 Uhr sammeln sich die Arbeiter gruppenweise zur Auszahlung in ihren Werkstätten. Hier stehen sie dann buntgewürfelt durcheinander, die einen nachrechnend, die andern mit sorgenvollen Gesichtern und wieder andere mit

spitzen Zungen kritisierend. Die "Glücklichsten" unter all den Arbeitern dürften wohl diejenigen sein, die sich der Sklaverei willenlos ergeben. Um 1/2 1 Uhr, nach der Mittagspause, ändert sich das Bild; aus allen Ecken und Winkeln winken Sammelbogen aller Art. Zum Beispiel: eine kleine Spende für die Fussballer, Tischtennispieler, Naturfreunde, F.O.E.J., Jugendtreffen, Jubilare, Lawinopferspende, Wahlfond, diverse Lose usw. Manche Arbeiter wissen nicht, wie sie der ewigen Spenderlei entgehen sollen, nicht aus Neid, oder Unghörigkeit, nein, weil eben der Inhalt eines Lohnsäckchens kaum für das Leben eines Monats ausreicht. Doch ist es für viele schwer, sich abseits zu halten, weil sie befürchten, dass man ihnen in der Existenz oder im Weiterkommen schaden könnte, nachdem Betriebsräte selbst sammeln gehen. Gewiss, es gibt Dinge, wo man nicht abseits stehen darf und helfen soll, aber soll das alles auf Kosten der Arbeiter finanziert werden? Warum zieht man nicht die Reichen, die Besitzenden heran? Aber das Wesentliche ist wohl, dass die Partei, Gewerkschaftsbonzen und die Vereinsleiter zuviel Geld für ihr schönes Dasein brauchen.

Aus der Radiosendung der Russischen Stunde vom Mittwoch 7.2.51

"Der Nachkriegsrekord 220 000 Arbeitslose"

"...Die Wurzel der Arbeitslosigkeit liegt in der Politik der österreichischen Regierung und des Marshallplans..."

Verschwiegen wurde das Wesentliche! Wem verdankt die österreichische Regierung ihr Dasein in der heutigen Form? Sie lam hoch auf den Bajonetten der Besatzungsmächte, auch der russischen und wurde und Arbeitern gerade von ihr als "antifaschistisch" und "demokratisch" also als Heilbringerin hingestellt. Aber wenn die Herren der "Stimme der Wahrheit" es nicht wissen sollten,

worin die Wurzel der Arbeitslosigkeit besteht, so wollen wir es ihnen gerne sagen: In der durch und durch verfaulten kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer anarchischen Produktionsweise mit ihren zyklischen Krisen. Man kann die Arbeiterklasse national und im Weltmassstab von der kapitalistischen Fessel nicht befreien, wenn man nur nach der Monopolbourgeoisie schlägt und zugleich dauernd das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der linken Bourgeoisie anstrebt. Mit anderen Worten: kapitalistische Ausbeutung soll weiter bestehen, aber mit der einen Bedingung: Wirtschaftliche und politische Orientierung nach dem Osten.

Wir Arbeiter aber müssen wissen: die erste Voraussetzung, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, ist, dass die entscheidenden Produktionsmittel und der Staatsapparat sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden und von ihr proletarisch, demokratisch verwaltet und kontrolliert werden muss. Früher wird die Arbeiterklasse keinen entscheidenden Schritt vorwärts kommen.

Betriebsterror in den Betrieben der Verratsparteien

Die alltägliche Praxis des Kampfes der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern erstreckt sich nicht mehr allein gegen die offenen Angriffe der Kapitalisten und auf deren Lebenshaltung, die in Form von erhöhter Ausbeutung, Lohndruck und steigender Teuerung bis an die Grenzen des Träglichen getrieben werden; vielmehr werden immer grössere Teile der Arbeiterklasse zuerst mit ungläubigen Erstaunen, dann mit empörter Erbitterung erfahren müssen, dass es viel schwerer ist, die getarnte phrasenhafte Front der Helfershelfer, Karrieristen und politischen Prostituierten des Kapitals niederzukämpfen, als den Kapitalismus selbst. An Zahl eine verschwindende Minderheit, gesellschaftlich dekadent und fortschritthemmend,

hätte die Bourgeoisie als Klasse längst keine Möglichkeit mehr, sich ihrer historischen Liquidierung zu entziehen, ohne den Schutzwall der von ihr gekauften, korrumpierten Subjekte aus dem kleinbürgerlichen und proletarischen Lager. In dieser Rolle als direkte oder indirekte Lebensverlängerer gefallen sich auch abwechselnd die als "Arbeiterführer" getarnten Bürokraten der SP-KP-Verräter. Sie sind es vor allem, mit denen sich die um ihre Lebensrechte schwer kämpfende Arbeiterklasse herumraufen muss, um auch nur die geringste Forderung durchzusetzen. Es ist bekannt, dass die Knechte in der Brutalität und Skrupellosigkeit noch ihre Herren übertreffen wollen und es ist durchaus kein Zufall, wenn neuerdings die widerliche Demagogie und Liebedienerei mit der die SP-Bürokratie sich dem Monopolkapital an den Hals wirft, mit den grössten Korruptionen verbunden ist. Der VOTST-Skandal und viele andere aus den verstaatlichten und öffentlichen Betrieben sind ein bebrotes Zeugnis dafür. Trotz des politischen Bankrotts der SP hat bisher noch ein grosser Teil des Proletariats gegen besseres Wissen versucht, an der persönlichen Lauterkeit der alten Führerschichte und dem verhältnismässig hohen moralischen Niveau der kleinen Funktionäre einen letzten Halt zu gewinnen. Auch diese letzte Illusion bricht nun sichtbar zusammen und die stolze Tradition einer ehemals wirklichen Arbeiterpartei hat dem Konkubinat mit den VP-Monopolisten Platz gemacht. Die Reaktion der Arbeiterschaft auf diese schäbige Knechtsrolle der SP-Führung ist seit dem Kampf gegen den letzten Lohn- und Preisakt in der schärfsten Art seit 1934 sichtbar geworden. Sozusagen als Abschlussprüfung und Loyalitätsbeweis gegenüber ihren Regierungsparteien hat nun die SP-Bürokratie in den von ihr beherrschten Betrieben eine "Rei-

nigung" durchgeführt, die nicht nur stalinistische, sondern auch alle fortschrittlichen, ehrlichen revolutionären Arbeiter umfasst, die den klassenverräterischen Kurs der Gewerkschafts- und SP-Führung ablehnen. Massenentlassungen unter den fadenscheinigsten Vorwänden sind an der Tagesordnung. Diese traurigen "Erfolge" hat nun die Stalinbürokratie ihrerseits nicht ruhen lassen, und ist in ihrer servilen Unterwürfigkeit den russisch-nationalen Ausplünderungskonzernen gegenüber noch einen Schritt weiter gegangen. Es lohnt sich, dieses wechselseitige Versicherungsgeschäft der zwei Verratsparteien gegen alle ehrlichen, revolutionären Arbeiter unter die Vergleichslupe zu nehmen. Unter der Losung "gegen Faschismus und Anarchisten" hat man in den USIA-Betrieben, besonders im Erdölsektor eine Kampagne entfacht, die darauf abzielt, den wachsenden Widerstand der Arbeiter, einschliesslich zahlreicher KP-Mitglieder gegen die stalinistischen Arbeits- bzw. Ausplünderungsmethoden mit allen Mitteln zu brechen. BO-Versammlungen am laufenden Band nach Art der früheren Nazi-"Appelle", Rügen, Ausschlüsse, Versetzungen und Massenentlassungen aller jener, die sich auch nur die leiseste Kritik an der russischen Betriebsleitung erlaubt haben, darunter hochwertige Fachkräfte, Abteilungsleiter und führende Funktionäre, sind der äusseren Rahmen einer demagogischen Reinigungskampagne. Dies hat natürlich schwere Hemmungen im Produktions- und Arbeitspotential zur Folge, denn die Stellen der Hinausgeworfenen nehmen meistens beruflich unfähige Karrieristen ein, die als einzige Empfehlung eine widerliche Ergebenheit gegenüber der stalinistischen Betriebsführung mitbringen. Die Überfüllung an bürokratischen Nichtstuern, Antreibern, bzw. Schmarotzerposten erreicht einen wirtschaftlich untragbaren Grad, (stellenweise bis zu 10% der Belegschaft) der noch von unzulänglichen, unrationellen Produktionsmethoden verschärft wird. Die Lasten einer solchen Tendenz

gehen vollständig auf Kosten der produktiven Arbeiter und diese sind dadurch einer erhöhten Antreiberei ausgesetzt. Man sieht also, dass sich die Unterdrückungsmethoden der bankrotten Verratsparteien im Kernstück des Proletariats, den Industriebetrieben, auf einer gemeinsamen Linie begegnen, die eine gefährliche Ähnlichkeit mit der Lage vor 1934 aufweist und an deren Ende die Verwirrung und Resignation des Proletariats tief genug ist, um es neuerdings in die Arme des Faschismus zu treiben, der heute praktisch bereits den Nutzen aus dieser Lage zieht. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Spiegel der Betriebsverhältnisse die latente innere Krise der Stalinisten viel schärfer hervortritt, als die ihrer Konkurrenzkollegen aus der SP, da sie äusser der russischen Militärmacht über keine andere positive Qualität verfügen, um die Massen über ihre Schwächen hinwegzutäuschen, leiten nun die Stalinisten eine pompöse aufgeblasene "Worbeaktion" ein, die in erster Linie auf die Erfassung aller USIA-Arbeiter aufgebaut ist. Sie lassen dabei jede taktische Maske fallen, so z.B. die bisher propägierte "Gewerkschafts- und Arbeitereinheit" und pressen wahllos unter Drohung des Existenzentzuges die Arbeiter aller Richtungen in die stalin'schen Betriebsorganisationen. So sollen die Lücken der Ausgestossenen und Davongelaufenen aufgefüllt werden. Die Heuchlertaktik der "Arbeitereinheit" wird durch die bekannte 100% DAF-Methode ersetzt. Hier kommt es nun zu einer drastischen Illustration der bereits erwähnten Widersprüche. In dieser Propagandawelle einen besonderen Auftrieb zu geben, haben nämlich die Stalinisten zahlreiche Arbeiter aus den verstaatlichten Betrieben West-Oesterreichs (Linz, Steyr, Donawitz) in ihre Betriebe eingestellt, die nach dem Oktoberstreik von der SP-Bürokratie entlassen wurden. Unter ihnen befinden sich viele aufrechte, klassenbewusste KP-Mitglieder, die in ihrer Kampfbereitschaft gegen das Monopolkapital und deren verstaatlichte Trabanten immer eine ehrliche revolutionäre Linie verfolgt

haben, mit einem ideologisch und moralisch hohen Niveau. Eben deshalb aber sind sie zu einer kritischen, realistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses geneigt. Nach dem ersten Kontakt mit der naiven, demagogischen Selbstüberschätzung ihrer Genossen aus den USIA-Betrieben, deren Grunddogma die Anhimmlung der russischnationalen Militärpolitik ist, hat die anfängliche Begeisterung bald einer tiefen Enttäuschung Platz gemacht. Sie haben das auch in Diskussionen ausgedrückt. Mit dem Ergebnis, dass sie von den bornierten Stalinisten als Fäschistenfreunde und kapitalistische Agenten beschimpft wurden. Auf diese Weise tragen Korruption, Unfähigkeit und politischer Verrat in den stalinschen Betrieben noch mehr dazu bei, ihre innere Krise zu vertiefen.

So sind Arbeitervertreter

Es gibt noch etwas wie eine Preisprüfungsstelle, welche zusammengesetzt ist aus Vertretern des Handelsministeriums, der Arbeiterkammer und der Handelskammer. Jede neue Festsetzung eines Warenpreises muss dieser Stelle vorgelegt werden und erst nach der Genehmigung durch dieselbe ist es den Unternehmen erlaubt, die Ware um diesen Preis zu verkaufen.

Ein Wiener Betrieb suchte vor kurzem um eine Preisgenehmigung an. Den einzigen Einspruch machte der Vertreter der Arbeiterkammer, dass der Preis seiner Ansicht nach zu hoch wäre, man müsste versuchen, auf irgend eine Art einzusparen, um einen niedrigeren Preis herauszuholen. Dieser Vertreter der Arbeiterschaft hatte keine Bedenken, dass der Profit des Unternehmers zu hoch wäre, sondern er gab den "guten" Rat, man solle doch die paar Prozente, die der Handelsvertreter daran verdient, einfach kürzen.

Also so vertritt die Arbeiter-

kammer die Interessen der Arbeiter, Angestellten und niedern Beamten.

Das Finanzkapital und seine Methoden

Die beiden grössten Banken Oesterreichs, die Kreditanstalt sowie die Länderbank, sind verstaatlichte Unternehmungen. Auf Grund des Parteienproporz' befindet sich die Kreditanstalt restlos in den Händen der OeVP-Bonzen, die Länderbank in den Händen der SP-Bürokraten. Beide konkurrieren, um den grösstmöglichen Einfluss in der österreichischen Industrie erreichen zu können. Die Kreditanstalt ist sehr stark engagiert auf dem Oelsektor. Das liess die Länderbank nicht ruhen und so hat auch sie eine Oelraffinerie finanziert, um ebenfalls hier Einfluss zu gewinnen. Dieser Betrieb kam in Schwierigkeiten dadurch, dass den scheinbaren Überschuss die Bank restlos als Zinsen abschöpfte. Da darüberhinaus kein Profit mehr übrigblieb, beschloss sie, einfach den Betrieb zu sperren und auf den Einwand, was denn mit den Arbeitern und Angestellten geschehen solle, bekam die Betriebsführung die Antwort: wenn kein zusätzlicher Profit herauskommt, ist für die Bank der Betrieb uninteressant. Für die Arbeiter und Angestellten sind wir keine Versorgungsanstalt, sie sollen sich eben um andere Posten umsehen.